

Die Folgen eines Etikettenschwindels

Haushalt in der Schwebe: „Wie groß ist die Not?“ und „Vom Schiffbruch zum Stapellauf“, FR-Thema vom 2.12.

Lohnanstand statt Lohnabstand

Noch liegen keine belastbaren Finanzierungsvorschläge zur Deckung des Milliardendefizits auf dem Tisch, da zieht die FDP schon einmal ihre roten Linien: Schuldenbremse und der Verzicht auf Steuererhöhungen – dazu zählt aus ihrer Sicht auch der Abbau von Steuervergünstigungen – seien unantastbar.

Über Sinn und Unsinn der Schuldenbremse lässt sich trefflich streiten. Dass sie in der Praxis aber eine Mogelpackung ist, in der sich dreistellige Schuldenmilliarden als „Sondervermögen“ tarnen, sollte Finanzminister Lindner am besten wissen. Gleichzeitig verweigert sich seine Partei der Einsicht, dass wir kein Ausgaben-, sondern ein Einnahmenproblem haben. Kaum ein anderes Industrieland schont Vermögensmilliardäre, Spitzenverdiener und Millionenerben so wie Deutschland. Statt einen Solidarbeitrag einzufordern, sollen offenbar Bürgergeldempfänger den Gürtel enger schnallen, um das „Lohnabstandsgebot“ zu gewährleisten. Wenn aber das Bürgergeld das Existenzminimum definiert und gleichzeitig das Einkommen eines Niedriglohneempfängers in Vollzeit offenbar nicht mehr ausreicht, diese Armutsgrenze zu überschreiten, ist da das Bürgergeld zu hoch, oder vielmehr der Mindestlohn zu niedrig? Höchste Zeit also, an Stelle eines Lohnabstands- ein Lohnanstandsgebot einzufordern!

Natürlich sind solche Gedankengänge nicht mit dem neoliberalen FDP-Weltbild vereinbar, und da in dieser Bundesregierung faktisch der kleinste Koalitionspartner die Richtlinienkompetenz hat, werden am Ende der Haushaltsberatungen wohl wieder die Reichen verschont und dafür soziale Daseinsvorsorge und der Klimaschutz geopfert

werden. Es wird mir immer ein Rätsel bleiben, wie eine Partei, deren Politik sich auf das reichste Prozent der Bevölkerung fokussiert, tatsächlich mehr als fünf Prozent der Wählerstimmen gewinnen kann. Die Ergebnisse der letzten Landtagswahlen lassen hoffen, dass dies bald Geschichte sein wird.

Leo Paulheim, Immenhausen

Wo man mit dem Sparen anfangen könnte

Unsere Politiker können die Sozialausgaben Deutschlands ganz drastisch senken: Verringerung des Bundestags auf 300 Personen, Verringerung der Landtagsabgeordneten um 50 Prozent. Verringerung der Wahlkreise. Keine Zusatzleistungen für unsere Abgeordneten. Darauf achten, dass fähige Abgeordnete und Minister gewählt werden, die keine Millionen in den Sand setzen. Weiterhin sollten Politiker ehrenhaft, verantwortungsvoll, bodenständig und integer sein, auch bei ihren eigenen Bezügen. Es sind Steuergelder! Hier ist das Bundesverfassungsgericht gefordert, den Bundestag und die Landtage zu verschlanken. Ebenso ist die Selbstbedienungsmentalität der Abgeordneten bei der Erhöhung ihren Diäten, Zulagen und der Altersversorgung zu begrenzen. Dazu gehört die gegenseitige Postenverteilung (hinter verschlossenen Türen) der Politiker untereinander, wenn die Regierungsparteien wechseln. Gisela Wilken, Maintal

Aus Verbindlichkeit wird Beliebigkeit

Ja, das wäre es gewesen, ein Stück Politik aus einem Guss! Klimaschädliche Subventionen streichen und das Geld in den Klimaschutz stecken. Schlüssig, für jeden denkenden Menschen nachvollziehbar. Genau das, was

der Ampel in der öffentlichen Wahrnehmung fehlt.

Aber die drei von der Ampel haben sich anders entschieden. Sie haben offenbar gedacht, dass eine kleine Gaunerei, ein kleiner Etikettenschwindel reichen würde, um an Geld zu kommen. Nun stand auf dem großen Geldsack leider deutlich „Corona“ drauf, aber, haben sie sich wohl gedacht, da kleben wir einfach was drüber, so was mit „Klimaschutz u.a.“, und schon haben wir die Schuldenbremse der Verfassung ausgetrickelt! So schlau wollten sie sein! Mich erinnert das in seiner Blötheit an einen Plan der Ohlsen-Bande, an Egon, den mit der Melone und der Zigarre.

Die Geschichte ist noch nicht zu Ende. Das neue Klimaschutzgesetz der Ampel trägt dieselbe Handschrift. Aus der vom Verfassungsgericht geforderten Verbindlichkeit hat die Ampel – wieder gaaanz schlau! – eine allgemeine Beliebigkeit gemacht: Alles kann, nichts muss. Und damit das auch erfolgreich ist, darf sich jedes Ressort seine Bilanz nach dem „Wünsch-dir-was“-Prinzip berechnen. Egon lässt grüßen!

Hartwig Cordts, Reinbek

Verfassungsgericht hat die Regierung in Not gebracht

Wenn man juristisch spitzfindig eine „Notlage“ nur definiert, wenn sie plötzlich und unerwartet auftritt, und deshalb der Klimawandel keine Notlage darstellt, muss man sehen, dass das Verfassungsgericht selbst durch sein Urteil zur Generationengerechtigkeit bei der Bekämpfung des Klimawandels die Regierung in eine finanzielle Notlage gebracht hat. Vorher konnte die Politik massive Klima-Investitionen auf die lange Bank schieben. Jetzt ist sie juristisch dazu verpflichtet. Michael Schnell, Krefeld

Diskussion: frblog.de/ktf



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:

Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Mailen Sie an:

Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden auch online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie hier: frblog.de/f20231205

FR ERLEBEN

Tobias Schwab moderiert die Online-Diskussion „Faire Rohstoffe – klima- und menschengerecht“ mit Robert Gampfer (Klima- und Energie-Referent der EU-Kommission), Michael Reckordt (Powershift e. V.) und Carsten Waldeck (Shift). Eine Veranstaltung des Evangelischen Dekanats Dreieich-Rodgau, des Kreises Offenbach und von Europe Direct Relais Rhein-Main. Den Link zur Veranstaltung gibt es nach Anmeldung auf: europe-direct@kreis-offenbach.de
Montag, 11. Dezember, 18.30 Uhr

Bernd Hontschik, Chirurg und FR-Kolumnist, spricht zum Thema „40 Jahre ‚Volkszählungsurteil‘ – 40 Jahre Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung und der heutige Umgang mit Gesundheitsdaten am Beispiel der elektronischen Patientenakte“. Mit dem Datenschützer Roland Schäfer.
Montag 18. Dezember, 19 Uhr
Club Voltaire, Kleine Hochstraße 5 Frankfurt

Längst überlastet

Kartellamt: „Die Bahn zerschlagen?“, FR-Wirtschaft vom 30. November

Worin liegt der unschätzbare Vorteil, eine über Jahrzehnte gewachsene Organisation zu zerschlagen? Was wird dann über Nacht besser? Und was ist mit den lange nachhallenden Schnittstellenproblemen einer Komplettauflösung? Das Unternehmen ist schließlich keine simple Pommestube.

Mit solchen Kleinigkeiten beschäftigen sich die Theoretiker in ihrem Elfenbeinturm nicht. Schließlich fehlt ihnen jegliche Konzernführungserfahrung. Wo soll denn bitteschön der hochgelobte Wettbewerb stattfinden? Etwa auf Strecken, die heute schon längst überlastet sind?

Wer so etwas in die Welt setzt, zeigt nur, dass er keine Ahnung hat von den wirklichen Abläufen und Verflechtungen eines Verkehrsunternehmens. Noch nicht einmal auf dem heimischen Märklin-Rundkurs fahren Züge übereinander, sondern immer schön nacheinander. Selbst eine solche Kleinigkeit ist den Herrschaften von Monopolkommission und Kartellamt offensichtlich nicht geläufig.

Nikolaus Jöckel, Offenbach

Ein großer Unterschied

Zu: „Königliche Geschäfte“, FR-Klima vom 4. Dezember

Mein Dank für die gute Arbeit Ihres Afrika-Korrespondenten Johannes Dieterich ist überfällig, seit vielen Jahren. Eine Frage habe ich: Woher hat der junge Mann aus Dubai das viele Geld, um die Flächen in Afrika zu kaufen? Hat er das verdient durch seine Arbeit, oder hat er es nur eingenommen? Weil er auf der Quelle eines gewaltigen Reichtum ermöglichenden fossilen Schatzes sitzt.

Zwischen Verdienen und Einnahmen sehe ich einen großen Unterschied. Verdienen bedeutet, dass nicht nur der Verdienende einen Vorteil hat, sondern auch andere. Einnahmen ist etwas anderes. Z.B. Fußballer nehmen Millionen ein. Sind die verdient? Ist Fußball so wichtig, dass für dessen Ausübung so viel gezahlt wird? Das ist nur ein Beispiel, es gibt nach meiner Meinung zu viele Einnahmen, aber zu wenige Verdienste.

Das im Bericht genannte Verhalten des jungen Dubaiers ist ein weiteres Beispiel für den immer krasser werdenden – so nenne ich das gerne – Milliardismus. Einige wenige werden immer reicher, andere – das wird im Bericht so beschrieben – zahlen drauf. Und ich bezweifle, ob durch die Gier des jungen Dubaiers etwas besser wird. Wenn ja, für wen? Und allein bin ich damit nicht.

Ich bin nicht sicher ob ich mich auf eine Fortschreibung des Berichtes freuen soll, interessant wäre die sicher.
Gerhard Müller, Offenbach

Der Nahost-Diskurs hat Schiefelage

Gazakrieg: „Die Suche nach einem ‚vernünftigen Diskurs‘“, FR-Feuilleton vom 25. November

Ich bewundere Jürgen Habermas. Umso mehr teile ich die Besorgnis von Adam Tooze u.a., wenn solche Autorität „unbestreitbare Grundsätze“ reklamiert, die Schiefelage im deutschen Nahost-Diskurs aber reproduziert.

Wenn 2,3 Millionen Bewohner*innen Gazas von allen lebensnotwendigen Gütern abgeschnitten und 1,7 Millionen vertrieben werden, die zivilen Opferzahlen fünfstellig werden, die Bevölkerung im Westjordanland dem Terror rechtsradikaler Siedler schutzlos ausgesetzt ist, bekennende Faschisten in der israelischen Regierung die Annektion der besetzten Gebiete propagieren, dann reicht der Hinweis, dass die „Grundsätze der Verhältnismäßigkeit“ und „die Vermeidung ziviler Opfer“ „leitend sein müssen“, nicht aus. Dies behauptet die israelische Regierung auch. Das ist Vermeidung offener Kritik am israeli-

schen Vorgehen, die sich mit der hier vertretenen „rechtverstandenen Solidarität mit Israel“ nicht zu vertragen scheint, im Widerspruch zu der „Verpflichtung zur Achtung der Menschenwürde“ und der „unteilbar und gleichermaßen für alle geltenden“ „elementaren Rechte auf Freiheit und körperliche Unversehrtheit“, auf die die Stellungnahme verweist.

„Bei aller Sorge um das Schicksal der palästinensischen Bevölkerung verrutschen die Maßstäbe der Beurteilung jedoch vollends, wenn dem israelischen Vorgehen genozidale Absichten zugeschrieben werden“. Es geht aber nicht um die Unterstellung von „Absichten“, sondern darum, die Gefahr eines Genozids an objektiven Fakten und Maßstäben zu beurteilen.

In Deutschland erleben wir unhaltbare Verbote von Solidaritätsumgebungen für Palästina, peinliche Auftritte von Stadtver-

treter*innen (Žižeks Rede), täglich neue Beispiele inflationärer, willkürlicher, unbegründeter Gleichsetzung von Israelkritik mit Antisemitismus zum Schaden des unverzichtbaren Antisemitismusbegriffs, zum Nutzen von Antisemiten.

Statt der Instrumentalisierung des Antisemitismusbegriffes durch vernünftige, abgrenzbare Kriterien entgegenzuwirken, beklagt der Text „antisemitische Affekte und Überzeugungen“, die in ihrer kriterienlosen Allgemeinheit nicht zur Analyse verdeckten Antisemitismus beitragen, aber geeignet sind, der Denunziation der Kritik am Vorgehen der teils rechtsradikalen Regierung Israels als antisemitisch Vorschub zu leisten.

Wie kann man übersehen, dass unsere besondere Verantwortung für Israel sich auch auf Palästina erstreckt und dass wir ihr so nicht gerecht werden?

Karl Höhn, Frankfurt